

Das Saarland – ein Zwischenruf

Nach den Landtagswahlen wollen an der Saar CDU, FDP und Grüne eine Regierung bilden. Zeitungsberichten zufolge sollen die Grünen, die drei Landtagsabgeordnete haben, zwei Ministerien erhalten, das Umwelt- und das Kultusministerium.

Mit atemberaubender Geschwindigkeit hat sich inzwischen die CDU von ihren bisherigen bildungspolitischen Positionen verabschiedet. Einen größeren Offenbarungseid in punkto Rückgratlosigkeit kann es kaum geben: Eine verlängerte gemeinsame Grundschulzeit soll eingeführt, die Studiengebühren sollen abgeschafft werden. Die gerade neu geordnete Bildungslandschaft wird zum Tummelplatz grüner Experimente.

Schon warnen Philologenverband und Elternvertreter vor den Folgen, wie ein Auszug aus der „Saarbrücker Zeitung“ vom 17. Oktober 09 belegt:

„Nachdem die Jamaika-Koalitionsparteien einschneidende Maßnahmen im Bereich des Gymnasiums planen, appelliert die Landeselternvertretung der Gymnasien im Saarland (LEV), an die künftige Regierung vorrangig eine inhaltliche und methodische Verbesserung des Unterrichts anzustreben. LEV-Vorsitzender Joachim Klesen weist darauf hin, dass nach der Einführung von G8 eine Überarbeitung der Lehrpläne dringend ist, ebenso wie eine Verbesserung der Unterrichtsgestaltung. Nochmalige grundlegende Strukturänderungen würden dagegen nur zum Nachteil der jetzigen Schüler ablaufen, so Klesen.

„Mit völligem Unverständnis und großer Bestürzung“ betrachtet auch der Saarländische Philologenverband (SPhV) die von Bildungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) im SZ-Interview dargestellten Vorstellungen über die Entwicklung des Gymnasiums. Es sei nicht nachvollziehbar, so der Vorsitzende des SPhV Klaus Lessel, wie die CDU „binnen 14 Tagen ihre bildungspolitischen Vorstellungen über das Gymnasium skrupellos über Bord werfen kann.“ Das Zugeständnis, eine Verfassungsänderung mitzutragen, um ein „längeres gemeinsames Lernen“ zu ermöglichen, widerspreche völlig den Aussagen vor der Landtagswahl. Nach Ansicht von Lessel ist eine Schulreform nicht gerechtfertigt. Zudem stünden dafür nicht die erforderlichen finanziellen und personellen Mittel bereit. Die Folgen hätten letztlich die Schüler zu tragen.“

Für die CDU gilt anscheinend: Hauptsache an der Macht bleiben. „Müllers Pittsche“ bleibt Regierungschef, und der Einfluß des großen „Gottseibeius“ Lafontaine wird beschnitten.

Aber warum bleibt einer überhaupt an der Macht, wenn er machen muß, was er nie wollte?
Um der Macht willen!

Es kann aber auch sein, daß ihm immer schon egal war, was er machte. Hauptsache, er durfte es tun.

Winfried Holzapfel